

Stand: 12.01.2026 01:00:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5224

"Keine B 15 neu zwischen Rosenheim und Landshut"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5224 vom 10.02.2015
2. Beschluss des Plenums 17/5289 vom 11.02.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine B 15 neu zwischen Rosenheim und Landshut

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, keine Platzhaltertrasse der B 15 neu für den Bundesverkehrswegeplan 2015 anzumelden, die Bayerische Straßenbauverwaltung anzugeben, die Anmeldung einer Platzhaltertrasse der Bundesstraße B 15 neu zwischen Landshut und Rosenheim für den Bundesverkehrswegeplan 2015 zurückzuziehen und keine Weiterführung der B 15 neu südlich der A 92 zu verfolgen.

Begründung:

Die u.E. schlecht vorbereitete Anmeldung der Projekte für den Bundesverkehrswegeplan 2015 fällt der Staatsregierung auf die Füße, wie man jetzt am Beispiel der B 15 neu zwischen Landshut und Rosenheim sieht. Wer dringend eine notwendige Straße bauen möchte, geht anders vor, als mit Doppelanmeldungen und Korridorstrassen. Das StMI hat bei seinen Straßenbauanmeldungen weder auf fachliche Kriterien noch auf ein Achsenkonzept gesetzt, sondern einfach eine nicht geprüfte Wunschliste nach Berlin geschickt. Wer schon den Unterhalt der bestehenden Straßen nicht mehr finanzieren kann, darf das Problem nicht durch den Bau weiterer nicht nötiger Straßen wie der B 15 neu südlich der A 92 verschärfen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/5224

Keine B 15 neu zwischen Rosenheim und Landshut

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Markus Ganserer

Abg. Erwin Huber

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Benno Zierer

Abg. Helmut Radlmeier

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,

Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine B 15 neu zwischen Rosenheim und Landshut (Drs. 17/5224)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin

Huber u. a. und Fraktion (CSU)

B 15 neu zwischen Landshut und Rosenheim (Drs. 17/5240)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos,

Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Eine realistische und zeitnahe Lösung für die B 15 von Landshut nach

Rosenheim ist gefordert (Drs. 17/5241)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Ganserer das Wort erteilen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahrzehnten regt sich heftigster Widerstand gegen die autobahnmäßig geplante B 15 neu. Auch die Kreisverbände des Bayerischen Bauernverbands haben diesen unnötigen Flächenverbrauch deutlich kritisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umso erfreulicher war dann die Kabinettsentscheidung vom 19. Januar, derzufolge auf den Weiterbau der B 15 neu südlich von Landshut verzichtet werden soll. Ihr ging

ein jahrelanger Streit um die richtige Trassenwahl voraus. Die Raumordnungstrasse aus den Siebzigerjahren musste verworfen werden. Die beim Bundesverkehrswegeplan angemeldete östlich gelegene Trasse wurde vom Landkreis Mühldorf und dem dortigen Stimmkreisabgeordneten Dr. Marcel Huber deutlich kritisiert, und die im Dezember letzten Jahres ins Spiel gebrachte Alternative löste neue Betroffenheit im Stimmkreis der Umweltministerin Ulrike Scharf im Raum Erding aus. Die Gegner dieser geplanten Autobahn haben sich aber nicht irritieren lassen. Sie haben sich von dem Sankt-Florians-Prinzip nicht einfangen lassen und sind der Haltung "Keine Autobahn, egal, wo auch immer" treu geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kabinettsbeschluss vom 19. Januar zeigte, dass der Herr Verkehrsminister die mangelnde Notwendigkeit und die fehlende Finanzierbarkeit deutlich erkannt hat. Doch das einzige verlässliche Moment in der Regierung Seehofer sind die Unberechenbarkeit und die Kehrtwenden des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Hinterzimmerentscheidung in Sachen B 15 neu hat der Herr Ministerpräsident einen weiteren Fachminister düpiert. Die Frage ist deshalb auch: Wen trifft es als Nächsten? Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett sind ja leider nicht da, und die Frage ist, wie lange Sie sich das gefallen lassen wollen. Die Entscheidung von Horst Seehofer lässt tief blicken. Die bayerische Verkehrspolitik funktioniert noch immer nach dem Prinzip "Wünsch Dir was". "Lokalfürsten" können ihre Lieblingsprojekte melden, und sie werden ohne die Betrachtung der wirklichen Finanzierbarkeit und ohne eine fachliche Priorisierung nach Berlin gemeldet.

Dieses stümperhafte Vorgehen fällt der Staatsregierung jetzt in Sachen B 15 auf die Füße. In Landshut hätten eigentlich die Stadt und der Kreis Landshut vor allem erst einmal ihre eigenen Hausaufgaben zu machen, um mit einem besseren ÖPNV den

hohen Ziel und Quellverkehr zu reduzieren. Ob dafür aber eine vierspurige Umgehungsstraße wirklich notwendig ist, ist äußerst zweifelhaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem wäre dieses Projekt mit über 300 Millionen Euro auch wahnsinnig teuer. Aufgrund der überzogenen Ausbaupläne und der mangelnden Durchfinanzierung ist völlig unklar, wann die Landshuter dieses Projekt denn realisiert und damit eine Entlastung bekommen. Sie wären deshalb gut beraten, wenn sie zuerst einmal ihre Hausaufgaben machten.

Außerorts zwischen Landshut und Rosenheim liegt die Belastung der B 15 zum Teil deutlich unter 10.000. Manche Staatsstraße ist wesentlich stärker ausgelastet, und da wollen Sie ernsthaft noch eine Autobahn planen? - Das ist doch hanebüchen. Das hat sogar ihr fachlich zuständiger Verkehrsminister vollkommen richtig erkannt und eingeschätzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Absolut inakzeptabel ist daher die Anmeldung der alten Raumordnungstrasse als Platzhaltertrasse. Sie ist auch aus naturschutzfachlichen Gründen nicht umzusetzen. Im Prinzip haben Sie die ganze Planung komplett verpfuscht, und das wird jetzt auch mit dem revidierten Kabinettsbeschluss nicht besser. In Wahrheit drücken Sie sich doch eigentlich nur vor der Entscheidung; mit dieser Doppelanmeldung wollen Sie dem Bundesverkehrsministerium den schwarzen Peter zuschieben, weil Sie selber nicht in der Lage sind, eine vernünftige Planung hinzubekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Ausbau der bestehenden B 15 stellt sich die Frage nach der verkehrlichen Notwendigkeit. Zum Beispiel ist in Dorfen die Verkehrsbelastung nur zu 30 % dem Durchgangsverkehr geschuldet. Es stellt sich dann schon die Frage, ob die Betroffenen für diesen geringen Nutzen die Zerstörung ihrer Heimat akzeptieren wollen. - Un-

sere Position ist klar: Keine weitere Autobahn in Bayern, weder hier noch da und auch nicht scheibchenweise,

(Beifall bei den GRÜNEN)

ein Stopp der B 15 neu und keine Anmeldung einer Platzhaltertrasse für den Bundesverkehrswegeplan. Wir werden deshalb auch die Anträge von SPD und CSU ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich dem Herrn Kollegen Erwin Huber das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Bemerkung, bevor ich etwas zur Sache sage. Sie, Frau Präsidentin, haben Herrn Ludwig zu Recht gelobt und herausgestellt. Mich hat natürlich besonders gefreut, dass Sie als seine herausragende Eigenschaft genannt haben, dass er Niederbayer ist. Dass ein Niederbayer heute als Musterbeispiel für Zuverlässigkeit, Fleiß und Qualitätsarbeit dargestellt wird, ist ganz hervorragend. Ich bedanke mich bei Ihnen dafür.

(Zurufe von den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): Es gibt solche und solche, Herr Huber!)

Nun zur Sache, meine Damen und Herren: An der B 15 wird an zwei wichtigen Stellen gebaut, nämlich zwischen Regensburg und Landshut. Diese Strecke wird wohl 2019 vollendet sein; ferner wird an der Westumgehung von Rosenheim gebaut.

(Zuruf von der CSU: 2020 wird sie fertig sein!)

Dieses Teilstück wird im Jahr 2020 fertig sein. Dazwischen fehlt in der Tat noch ein Stück, sowohl planerisch wie baulich. Wer fordert, auf einer Strecke zwischen Regensburg und Rosenheim, die sehr stark dem überregionalen, zunehmenden Nord-Süd-

Verkehr gewidmet ist, ein Zwischenstück völlig ausgebaut zu lassen, muss von allen guten Geistern verlassen sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

– Doch. Dass Sie von den GRÜNEN gegen den Straßenbau sind, wissen wir, und deshalb sind Sie auch nicht regierungsfähig, weder bei uns noch sonst irgendwo.

(Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Eine Blockadehaltung kann man einnehmen, nur muss man sich auch der Auswirkungen bewusst werden: Wer dieses Zwischenstück zwischen der A 92 und der B 12 nicht ausbaut, geht erhebliche Risiken ein. Hier werden wir dann nämlich nicht weniger Verkehr bekommen, sondern mehr Staus, und wir riskieren vor allem für die heutigen Durchgangsverkehre in Landshut, Taufkirchen, Dorfen und in Sankt Wolfgang den Verkehrsinfarkt. - Ich bin der Meinung: Umweltschutz soll nicht nur den Lurchen dienen, sondern auch den Menschen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Genau!)

Wir müssen deshalb versuchen, gerade den Güterverkehr und den überregionalen Verkehr aus den Städten und aus den Ortschaften herauszuhalten.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ab auf die Schiene!)

Der Herr Kollege Radlmeier wird die besondere Situation von Landshut darstellen. Aber kann man natürlich auch geteilter Meinung sein, und wir werden gemeinsam – die SPD hat in ihrem geänderten Antrag das gleiche Ziel – sagen: Auf diesem Zwischenstück zwischen der A 92 und der B 12 muss in der Tat neu geplant werden. Dort gar nichts zu machen, würde die bisherigen Planungen abwerten und volkswirtschaftliche Investitionen vernichten. Hier muss es uns gelingen, die verkehrlichen, die landschaftlichen, die naturgemäßen Belange zu berücksichtigen, aber auch die Entlastung

für die Menschen auf sinnvolle Art voranzubringen. Ein Stopp und ein Nichts helfen uns überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

Völlig fehlt bei den GRÜNEN der Aspekt, in welcher Form man hier eine Lösung herbeiführt. Ich weiß auch, aus welchen Gründen er fehlt: Das ist natürlich taktisch bedingt. Sie wissen, dass es immer wieder lokale Bürgerinitiativen gibt, die dagegen sind. Die sind im Grunde gegen jede Trassenführung. Das ist nichts Neues.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Angeführt von Landrat Bayerstorfer!)

Sie wollen sich als politischer Arm all dieser Bürgerinitiativen profilieren. Sie sind dann natürlich auch gegen die Trasse B 15 alt. Sie sind gegen die Raumordnungstrasse und sagen den Menschen "Wir sind überall dagegen", um auf diese Art und Weise Sympathien zu sammeln. Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nur Blockade, sondern das ist ein schmähliches Zurückweichen vor jeder Verantwortung. Das ist Populismus in höchstem Maße.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne Ihnen die Schritte, die wir vorhaben: Wir wollen, dass die B 15 zwischen Regensburg und Landshut bis zum Jahr 2019 fertiggestellt wird. Wer sagt, die Leute sind dagegen, soll einmal in diese Orte kommen. Herr Ganserer, Sie sind herzlich nach Niederbayern eingeladen. Ich werfe es Ihnen nicht vor, dass Sie diese Orte nicht kennen. Sie sollten heute einmal nach Ergoldsbach und nach Neufahrn kommen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

- Frau Kollegin Müller, die Menschen dort waren zunächst auch dagegen. Der Protest ist von außen, auch von den GRÜNEN, hineingetragen worden. Heute ist dieses Straßenstück fertig, und die Leute sagen: Gott sei Dank, jetzt können wir wieder aufatmen, jetzt können wir wieder über die Straße gehen, jetzt können wir unseren Ort wieder

genießen, weil der Schwerverkehr aus dem Ort draußen ist. Das ist der Sinn von heutigem, modernem, landschaftsgerechtem Straßenbau.

(Beifall bei der CSU)

Diese Erfahrung aus dem Norden wollen wir fortsetzen. Südlich der B 12, Herr Kollege Stöttner, ist es eigentlich unstrittig. Da wird die Westumfahrung Rosenheim gebaut, und da wird die B 15 modernisiert und auf einen Stand gebracht, der dem Verkehrs-aufkommen angemessen ist.

Als Drittes wird eine Ortsumfahrung Landshut dringendst notwendig sein. Das kann die Stadt Landshut vor Ort gar nicht leisten. Das ist auch nicht Aufgabe der Stadt; denn es geht um den überregionalen Verkehr auf der Verbindung zwischen Regensburg und Rosenheim. Es ist schwierig, diese Straße vierspurig über die Isar und die Isarhangleite hinauf zu bauen. Ein Tunnel ist zwar nicht billig, aber eine solche Lösung ist für Landshut und diesen sehr rasch wachsenden Teil der Stadt Landshut unbedingt notwendig.

Dann bleibt noch das Zwischenstück. Ich möchte mich bei der SPD dafür bedanken, dass sie ihren Antrag so ändert, dass wir das Zwischenstück in zwei Varianten betrachten können. Das, was Sie, Herr Kollege Ganserer, bekämpft haben, ist gar nicht mehr Gegenstand der Entscheidung und der Vorschläge nach Berlin. Die Osttrasse ist weg. Die Westtrasse ist auch weg. Jetzt sollen zwei Ausbauvarianten geprüft werden, nämlich die Raumordnungstrasse und die Modernisierung der B 15. Geprüft werden soll nach Nutzen und Kosten, natürlich auch nach der Raumverträglichkeit und nach der Umweltverträglichkeit. Das kann man nicht aus dem Handgelenk schütteln. Ich glaube, dass man die Zeit – wahrscheinlich wird es zehn Jahre dauern, bis dort gebaut wird – nutzen und mit den Kommunen, den Bürgern und allen Beteiligten in einen Dialog eintreten sollte. Dann bin ich sicher, dass man auch dort eine Lösung finden wird.

Ich fasse zusammen: Der Antrag, den wir vorgelegt haben und der wohl inhaltsgleich mit dem Antrag der SPD ist, ist ein zukunftsorientierter Weg, der Verkehrsprobleme nicht nur im Raum Niederbayern, sondern im gesamten ostbayerischen Raum löst. Mit diesem Antrag werden die Nord-Süd-Verbindungen verbessert, München wird entlastet, und eine landschaftsgebundene Straßenführung wird möglich. Lassen Sie uns dem in Verantwortung zustimmen. Was die GRÜNEN vorhaben, ist schlichte Blockade, ist zukunftsfeindlich und rückwärtsgewandt und bringt nichts.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, verbleiben Sie bitte am Mikrofon. Herr Kollege Pohl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Huber, ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass sowohl die Entlastung der A 99 als auch Ortsumfahrungen Teil eines vernünftigen Umweltschutzes sind und dass damit auch aus dieser Sicht eine Verbindung Landshut – Rosenheim über eine wie auch immer geartete B 15 neu sinnvoll ist. Wir diskutieren über dieses Thema nicht erst seit ein paar Jahren, nicht erst seit wir im Bayerischen Landtag sind, sondern ähnlich wie über die Isentalautobahn seit Jahrzehnten. Warum haben wir diese Probleme bis heute nicht gelöst? Warum gibt es immer noch ständig neue Trassen? Mal will man sie anmelden, mal will man sie nicht anmelden. Warum kann man sich nicht über Jahrzehnte hinweg auf eine vernünftige Lösung verständigen, die man dann zügig verwirklicht? Wenn wir an das Projekt Stuttgart 21 denken, wenn wir dann die Proteste gegen uns haben, müssen wir uns nicht wundern, wenn wir Projekte nicht zügig umsetzen können.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Huber, bitte.

Erwin Huber (CSU): In der Tat hat es länger gedauert als wir erwartet haben. Wie ich dargestellt habe, sind aber zwei Strecken im Bau. Da die Maßnahme nicht billig ist, muss das Geld wie bei jeder anderen Autobahn- oder Straßenbaumaßnahme über

viele Jahre verteilt werden. Nur die FREIEN WÄHLER sind in der Lage, Milliarden auszugeben, die sie gar nicht haben.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben nicht vergessen, dass die FREIEN WÄHLER zum Doppelhaushalt 2015/2016 Anträge mit einem Volumen von über fünf Milliarden gestellt haben, ohne Finanzierungsvorschläge damit zu verbinden.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das Geld dafür kommt doch aus dem Bundeshaushalt!)

Herr Kollege, diese liederliche Art und Weise, Politik zu betreiben, machen wir nicht mit, um es klarzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Solche Infrastrukturmaßnahmen brauchen einmal wegen des Geldes Zeit, aber auch, um eine vernünftige Trasse zu finden. Man kann heutzutage kaum eine Detailfestlegung 20 oder 30 Jahre im Voraus leisten. In der Zwischenzeit verändert sich viel. Es ist die FFH-Richtlinie gekommen. Die Umweltauflagen für den Straßenbau sind heute sehr viel härter und intensiver, als es vor Jahrzehnten der Fall war. Vernünftig ist es, nachzujustieren, statt zu sagen: In den Siebziger- oder Achtzigerjahren haben wir es einfach so festgelegt, und jetzt sind wir nicht mehr bereit zu reagieren. Ich möchte dem Innenminister und auch dem Ministerpräsidenten ausdrücklich dafür danken, dass sie bereit waren, auch auf örtliche Erkenntnisse einzugehen und diese einzuarbeiten. Ich halte das in der heutigen Zeit für sehr sinnvoll. Gerade aus Stuttgart 21 sollten wir gelernt haben. Wir können solche Projekte nicht einfach durchpeitschen, sondern wir müssen das insgesamt konsensfähige in einem sinnvollen Dialog mit den Bürgern herausarbeiten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 30 Jahre peitschen!)

- Herr Kollege, dass Sie diese Orte überhaupt kennen, stelle ich infrage.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Besser als Sie vielleicht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Knoblauch das Wort erteilen.

Günther Knoblauch (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! In der Tat hat die B 15 in den letzten Wochen und Monaten zu Diskussionen geführt und eine gewisse traurige Berühmtheit erlangt. Zu Beginn muss ich schon sagen, dass dazu auch der Innenminister beigetragen hat, weil er gesagt hat: Zuerst machen wir eine fast fertige Planung für den Bürger, die nehmen wir dann weg, dann machen wir eine andere Planung, und die nehmen wir auch wieder weg. Da brauche ich mich nicht zu wundern, dass irgendwann einmal Unruhe herrscht. Da müssen wir alle zusammen aufpassen; denn damit wird die Glaubwürdigkeit der Politik infrage gestellt und die Verdrossenheit darüber gefördert, ob man das, was gesagt wird, überhaupt ernstnehmen kann. Man ist ein bisschen nach dem Motto "Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln" verfahren. Das bringt uns nicht weiter.

Ich stimme dem Kollegen Huber zu, dass wir in der Tat eine Nord-Süd-Verbindung zwischen Landshut und Rosenheim brauchen. Sie ist für den Wirtschaftsraum und für die Entlastung vieler Bürgerinnen und Bürger notwendig. Am Wichtigsten ist: Wir können die Ängste, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen, nur abbauen und die Hilfen verbessern, wenn wir im Bundesverkehrswegeplan sind. Erst dann können die Voraussetzungen für eine detaillierte Planung, für eine Abwägung und für die Einleitung von Verfahren geschaffen werden. Dann können wir den Bürger auch ernst nehmen. Deshalb haben wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt.

Lassen Sie mich ein paar Gründe nennen, warum Landshut dringend eine Umgehung braucht. Wer den Nord-Süd-Verkehr durch Landshut kennt, weiß, dass dieses Problem nicht dadurch zu lösen ist, dass ein Bus mehr eingesetzt oder eine Trambahnt-

rasse geschaffen wird. Wir brauchen eine Umgehung. Dazu müssen wir in die Landschaft eingreifen. Die Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen ist nur bei entsprechenden Planungen möglich. Wir müssen auch die Menschen ernst nehmen, die entlang der jetzigen B 15 leben. Ich nenne als Beispiele Sankt Wolfgang, Dorfen und wie die Orte alle heißen. Die dort lebenden Menschen haben seit Jahrzehnten darauf gehofft und darauf vertraut, dass Gespräche geführt werden und endlich etwas getan wird. Dies ist ein ganz wichtiger Aspekt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt ansprechen: Ich bin sehr dankbar dafür, dass zusammen mit dem Landkreis Mühldorf die Notwendigkeit festgestellt wurde, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Standorte der Firmen müssen gesichert werden. Dazu ist jedoch auch eine entsprechende Verkehrsanbindung notwendig. Diese kann in der Nord-Süd-Richtung nur durch die B 15 erfolgen. Das ist zur Sicherung der Arbeitsplätze erforderlich.

Wir haben unseren Antrag so gestaltet, dass wir der Bevölkerung draußen zeigen können, dass wir eine breite Mehrheit brauchen. Wir brauchen eine breite Geschlossenheit, um dieses Projekt umzusetzen. Herr Kollege Huber, vielleicht könnten wir bei dieser Gelegenheit einleiten, was wir heute schon beschlossen haben, nämlich die Bürger einzubinden und mit ihnen gemeinsam die Umweltverträglichkeit zu prüfen. In einer intensiven Diskussion mit den Bürgern sollten wir die beste Lösung finden. Wir müssen die betroffenen Kommunen einbeziehen. Außerdem müssen wir auf die Finanzierbarkeit achten.

Letztlich geht es darum, die Bürgerinnen und Bürger einerseits vom Lärm zu entlasten und andererseits Arbeitsplätze in diesen Räumen zu sichern und weiterzuentwickeln. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Kollege Zierer das Wort. Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Hohes Haus. Die B 15 zwischen Landshut und Rosenheim – ein Schwank in fünf Akten, aber nicht von Georg Lohmeier, sondern von Horst Seehofer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Was die Staatsregierung in Sachen B 15 in den letzten 15 Monaten veranstaltet hat, könnte man wirklich als Schwank bezeichnen. Jahrzehntelang war eine raumgeordnete Trasse durch den Landkreis Mühldorf vorgesehen. Diese Trasse hat selbstverständlich nicht jedem gefallen. Aber wenigstens konnten sich die Menschen in dieser Region darauf einstellen. Sie haben dort, wo die Trasse hinkommen soll, nicht gebaut. Das ist jetzt alles vom Tisch. Herr Huber, das Geld für Bundesstraßen kommt nicht vom Land, sondern vom Bund. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Zweiter Akt. Dem Verkehrsministerium ist viel zu spät aufgefallen, dass es bezüglich dieser Trasse Bedenken gibt. Hastig wurde östlich der Ursprungstrasse ein neuer Strich durch die Landschaft gezogen. Dieser wurde zum Bundesverkehrswegeplan nach Berlin gemeldet, mehr oder weniger heimlich.

(Erwin Huber (CSU): Das ist falsch! Das ist nicht gemeldet worden!)

Alles nach dem Motto: Das wird schon keiner merken. Aber die Menschen haben das sehr wohl gemerkt. Es gab massiven Widerstand von den neu betroffenen Bürgern aus dem Landkreis Mühldorf.

Dritter Akt. Die Staatsregierung denkt sich: Kein Problem. Wir machen einfach einen neuen Strich, diesmal durch den Landkreis Erding. Die Erdinger werden schon nichts sagen, wenn neben die erste Straße eine zweite kommt. Aber leider haben Sie sich getäuscht: Auch die Erdinger haben das gemerkt; und sie begehrten zu Recht auf. Neben eine vierspurige Trasse eine neue Trasse zu bauen, ist vollkommener Unsinn!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Vierter Akt. Unser Verkehrsminister Herrmann dachte sich: Oha, jetzt kommt aber kalter Wind. Lassen wir doch das Ganze gleich ganz bleiben. Es wurde verkündet, dass nur noch die alte B 15 ausgebaut werden soll. Die Staatsregierung dachte sich: Nun ist endlich Ruhe. Falsch gedacht: Jetzt kam scharfe Kritik aus Ihren Reihen, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil die Verkehrsbelastung steigt. Die Wirtschaft braucht eine vernünftige Straße zwischen Landshut und Rosenheim.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Akt. Auf einmal kommt der Herr Ministerpräsident wieder ins Spiel. Er war besorgt. Kurzerhand holte er wieder die Ursprungstrasse aus dem Sack. Nun sollte der Ausbau der bestehenden B 15 und die seit 40 Jahren geplante Trasse nach Berlin gemeldet werden. Das Ergebnis dieser Posse lautet: Ursprungsvariante plus eine zusätzliche Option, außerdem eine ganze Menge verunsicherter Bürger; 40 Jahre wurde geplant, hingehalten und versprochen. Das reicht nicht. Es muss endlich etwas getan und nicht nur davon gesprochen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Klaus Stöttner (CSU): Was denn?)

Herr Huber, auch Sie waren Wirtschafts- und Verkehrsminister. Auch unter Ihrer Ägide ist das versäumt worden. Wir brauchen dort leistungsfähige Straßen, einen Anschluss und eine Umfahrung von Landshut. Das ist vollkommen klar. Zum Schluss ein Appell: Machen Sie doch endlich verlässliche Verkehrs- und Wirtschaftspolitik! Das brauchen die Firmen vor Ort. Hören Sie mit diesen Spielchen auf, und schaffen Sie endlich Klarheit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Ich erteile Herrn Kollegen Radlmeier das Wort.

Helmut Radlmeier (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zeigt wieder einmal deren Blockadehaltung, wenn es um die Realisierung wichtiger Projekte in Bayern geht, wie Herr Kollege Huber bereits gesagt hat.

(Beifall bei der CSU)

In meinen Augen und in den Augen der CSU wäre das ein Schildbürgerstreich, der uns weder verkehrspolitisch noch wirtschaftlich voranbringt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Was sagt denn Herr Herrmann dazu?)

Ganz wichtig ist das Zusammenspiel zwischen der Wirtschaft, Firmenansiedlungen, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Umweltschutz. Die Forderung der GRÜNEN, nämlich das Ende der B 15 neu an der A 92, hat nichts, aber auch rein gar nichts mit einer zukunftsorientierten Politik zu tun. Das ist keine Politik mit Weitblick. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Politik des Stillstands und des Rückschritts.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin mit Herrn Kollegen Huber schon sehr lange im Zusammenhang mit diesem Thema unterwegs. Du hast bereits sehr wichtige Punkte und Aspekte angesprochen. Ich möchte jetzt kurz die prekäre Situation nicht nur in der Stadt Landshut, sondern auch im südlichen Landkreis Landshut ansprechen. Im nördlichen Landkreis, in Ergoldsbach und Neufahrn, wo bereits aktive Akzente gesetzt worden sind, obwohl es dort auch Skeptiker gab, hat sich die Situation sehr gut entwickelt. Jeder ist froh, dass wir diese Umgehungen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Kabinett wurde am 3. Februar beschlossen, dass eine Ost-Süd-Umgehung von Landshut unter Anbindung der Umgehung an die B 299 – bei uns in Landshut sagt man "Konrad-Adenauer-Straße" – und die B 15 alt erfolgt. Damit soll der Anschluss an die A 92 bei Essenbach umgehend und sofort

nach dem Jahr 2019 weitergeplant und weitergeführt werden. Das hat die vordringlichste Priorität, ist die wichtige Weichenstellung, um den drohenden Verkehrskollaps in der Stadt zeitnah abwenden zu können.

Ich nenne das Stichwort "Weiterbau über die A 92 hinaus" und sage dazu ein ein klares Ja. Ansonsten würde sich die ohnehin brenzlige Situation in der Region weiter verschärfen. Es ist bereits angesprochen worden, dass im Osten und Westen der Stadt Landshut verkehrspolitische Defizite bestehen. Das gebe ich zu. Parallel machen wir unsere Hausaufgaben. Das ist jedoch nicht ureigenste Aufgabe der Kommune. Der Freistaat ist ebenfalls gefordert.

Ich möchte mit Zahlen hinterlegen, was passiert, wenn wir über die A 92 hinaus nichts unternehmen. In diesem Zusammenhang verweise ich auf ein Gutachten von Professor Kurzak. Im Nullfall, also ohne Weiterbau, haben wir auf der B 15 alt und im Stadtgebiet pro Werktag 13.000 zusätzliche Fahrzeuge. Auf der anderen Trasse, auf der B 299, fahren pro Tag zusätzlich 3.000 Fahrzeuge. Für den Weiterbau liegen Prognosen bis zum Jahr 2025 vor. Bis zur B 299 würden circa 6.000 Fahrzeuge weniger auf der B 15 alt und circa 10.000 Fahrzeuge weniger auf der Konrad-Adenauer-Straße, der B 299, prognostiziert. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und FREIEN WÄHLER, wenn diese Zahlen nicht für sich sprechen, weiß ich auch nicht Bescheid.

Darum ist es nur folgerichtig, sich mit den Prognosen, den Zahlen und den Fakten auseinanderzusetzen und mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Landwirten, den Umweltschützern und allen Betroffenen in einen ergebnisoffenen Dialog zu treten und sie alle mit ins Boot zu nehmen. Meine sehr geehrte Damen und Herren, die CSU führt auch mit dem Projektgegnern Gespräche. Die GRÜNEN schwärmen für ihre Argumente und schließen sich den Argumenten der Gegner an. Das Ergebnis sieht man in den heute gestellten Anträgen. Diese enthalten die klare Ansage: Keine B 15 neu.

Nebenbei bemerkt: Viele wissen, dass es eine schweigende Mehrheit gibt. Die schweigende Mehrheit in der Bürgerschaft will Lösungen, steht dem Thema offen gegenüber und ist auch zu Kompromissen bereit. Das sind nicht nur Leute aus der Wirtschaft. Immer wird kolportiert, wir würden Klientelpolitik für die Wirtschaft betreiben. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, das machen wir nicht. Uns erreichen viele Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern, die in der Region betroffen sind und diese Trassen wollen. Sie wollen eine verkehrspolitisch nachhaltige Weiterentwicklung ihrer Region.

Bisher habe ich noch keinen Vorschlag der GRÜNEN gehört, wie das Problem gelöst und dem Verkehrschaos entgegengetreten werden könnte. In meinen Augen ist es keine seriöse Politik, einfach Nein zur A 92 zu sagen. Im Landshuter Stadtrat – wie soll es anders sein? – haben wir mit den Gegenstimmen der GRÜNEN eine Resolution verabschiedet. Sogar die FREIEN WÄHLER aus der Region haben mitgemacht, die ich heute leider nicht sehe. Ich weiß nicht, wo sie sind. – Das macht nichts. Eigentlich ist es ein sehr wichtiges Thema, das alle interessieren sollte.

Ich möchte noch einmal einen Ausflug zur Stadt Landshut machen. In Landshut haben wir den Hofbergtunnel, den Josef-Deimer-Tunnel. Dagegen gab es insbesondere von den GRÜNEN ebenfalls Proteste. Damals wurde ebenfalls dagegen gesteuert. Der Tunnel wurde jedoch mit der Mehrheit im Stadtrat durchgeboxt. Heute sind wir froh darüber, den Josef-Deimer-Tunnel in Landshut zu haben, weil er die Verkehrsprobleme löst. Die GRÜNEN, auch die Landshuter GRÜNEN, sind froh, wenn sie dort durchfahren können. Das ist eine praktische Durchfahrmöglichkeit.

Wir brauchen eine Entlastung für die Region und über die Region hinaus. Wir brauchen diese ergebnisoffene Trassenprüfung über die A 92 hinaus. Ich denke, es ist legitim, ergebnisoffen in die Planungen zu gehen, anstatt sich von vorneherein festzulegen. In meinen Augen ist das eine Politik der Perspektive. Schließlich wird sich herausstellen, welche Trasse die wirkungsvollste ist und welche uns, die Region, Bayern und Landshut weiterbringt. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat sich Herr Kollege Ganserer zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Markus Ganserer (GRÜNE): Herr Kollege Radlmeier, ich nehme an, als Landshuter wissen Sie, wie hoch die Verkehrsbelastung auf der B 15 zwischen Haag und Landshut ist. Seit Jahrzehnten fahren außerorts 5.000 bis 7.000 Fahrzeuge ohne einen klaren Aufwärtstrend. Das ist maximal die Menge, die von Regensburg in Richtung Rosenheim auf der B 15 unterwegs ist. Mehr Verkehr können Sie aus Landshut mit einer Umgehungsstraße nicht verlagern. Ich nehme an, Sie wissen das. Ich weiß, von welchen Ortschaften ich spreche. Als gebürtiger Niederbayer bin ich die Straße x-mal entlanggefahren.

(Zurufen von der CSU: Oh!)

Ich kenne die Ortschaften genauso gut. Ich nehme an, Sie kennen sich in der Verkehrspolitik gut aus und wissen genau Bescheid, dass weder Sie noch Ihre Fraktion noch der Bayerische Landtag festlegt, wann und ob dieses Projekt überhaupt realisiert wird. Wir legen auch nicht fest, in welche Kategorie das aufgenommen wird. Sie können höchstens Wünsche und Hoffnungen äußern, aber für die Festlegung ist der Bund zuständig. Glauben Sie mir: Es ist fraglich, ob der Bund eine Verkehrsverlagerung aus Landshut für 5.000 Fahrzeuge, ein über 300 Millionen-Euro-Projekt in Form einer vier-spurigen Umgehungsstraße, im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans als das Projekt mit der höchsten Priorität einstufen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte schön.

Helmut Radlmeier (CSU): Das war keine direkte Frage, sondern eine Anmerkung. Ich kann jedoch gerne etwas dazu sagen. Ich kenne die Zahlen. Dabei geht es nicht nur um Landshut. Das ist eine überregionale Nord-Süd-Verbindung. Wir wollen den gro-

ßen Schulterschluss von Regensburg über Landshut nach Rosenheim. Sie wollten auf die Ortsumfahrung Arth – Neuhausen hinaus.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Problematik mit der Ortsumfahrung Neuhausen – Weihmichl – Arth ist den Ortskundigen wie Frau Kollegin Müller bekannt. Sie ist dort unterwegs. Das ist die eine Baustelle. Da sind die Ortsumfahrungen im nördlichen Landkreis.

(Markus Ganserer (GRÜNE): Ich spreche vom südlichen Landkreis!)

- Gerade haben Sie von Weihmichl – Arth gesprochen. Das befindet sich im nördlichen Landkreis.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Radlmeier hat das Wort.

Helmut Radlmeier (CSU): Wir können Wünsche dazu äußern, was im Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden soll. Die Priorisierung liegt dann beim Bund. Das ist ganz klar. Wenn wir mit guten und stichhaltigen Argumenten vorangehen, die heute und in der jüngsten Vergangenheit ausgetauscht worden sind, haben wir eine realistische Chance, Priorität 1 zu erreichen und etwas voranzutreiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat noch Herr Kollege Zierer um eine Zwischenbemerkung gebeten. Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Radlmeier, Ihr Hin-und-Her-Gehopse wird Ihre Position sicherlich nicht verstärken. Die FREIEN WÄHLER wollen das Vorhaben selbstverständlich unterstützen. Wir wollen Sie unterstützen und stimmen mit der CSU.

(Zurufe von der CSU: Bravo!)

Allerdings haben wir den Glauben aufgegeben, dass die CSU überhaupt etwas zu sagen hat, selbst wenn sie die Mehrheit stellt. Entscheiden wird ihr Ministerpräsident. Wir wollen Ihnen helfen. Was Sie daraus machen, ist Ihre Sache.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLER)

Helmut Radlmeier (CSU): Ich glaube, die CSU-Faktion hat eine eigene Meinung. Wenn diese Meinung vom Ministerpräsidenten untermauert wird, ist das eine klare Zielsetzung, mit der man in Berlin offensiv punkten kann.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Jetzt trennen wir die Anträge und kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf der Drucksache 17/5240 abstimmen. Wer dem Antrag der CSU seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzugeben. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- Ich glaube, wir sind noch bei der Abstimmung. Wir freuen uns darüber, wenn Sie sich auch freuen. - Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der CSU angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf der Drucksache 17/5241. Hier haben die Antragsteller einen Änderungsantrag gestellt. Danach soll der Absatz 2 eine Neufassung erhalten. Die Neufassung liegt allen Fraktionen vor. Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung abstimmen. Wer dem Antrag auf der Drucksache 17/5241 in dieser Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD. Ich bitte, Gegenstimmen

anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wie immer! – Zurufe von der SPD)

- Waren bei der SPD Stimmenthaltungen? Ich habe Sie nicht gesehen. Es tut mir schrecklich leid. Ich bin auch nicht darauf aufmerksam gemacht worden. Aber jetzt machen wir erst einmal das hier fertig. - Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ist in der geänderten Fassung angenommen worden. – Ich stelle im Nachhinein fest, dass bei der Abstimmung über den Antrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/5240 aus den Reihen der SPD-Fraktion zwei Stimmenthaltungen gekommen sind. Deswegen ist der Dringlichkeitsantrag trotzdem angenommen.

Jetzt darf ich noch über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN abstimmen lassen. Das ist der Antrag auf der Drucksache 17/5224. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5225 bis 17/5230 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf jetzt noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt geben, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Asylmissbrauch wirksam bekämpfen – schutzbedürftige Asylbewerber gerechter verteilen" auf der Drucksache 17/5221. Mit Ja haben 88 gestimmt, mit Nein 52. Stimmenthaltungen gab es 12. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zum Konzertsaal zur Kenntnis. Ich gebe zunächst das Ergebnis der Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag

der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/5223 bekannt. Mit Ja haben 18 gestimmt, mit Nein 111. Es gab 15 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Dann gebe ich das Ergebnis der Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/5239 bekannt. Mit Ja haben 49 gestimmt, mit Nein 79. Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Jetzt darf ich noch das Ergebnis des Dringlichkeitsantrags der CSU-Fraktion betreffend "Vergabe der S-Bahn-Verkehre in Nürnberg" auf der Drucksache 17/5236 bekannt geben. Mit Ja haben 144 gestimmt. Nein-Stimmen gab es keine, Stimmenthaltungen gab es auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das war es für heute. Ich schließe die Sitzung. Unten in der Gaststätte gibt es sicher noch etwas. Danke schön. Vielen Dank.

(Schluss: 20.05 Uhr)